

**Volker Stalman**

## **Parteivorsitzender für drei Monate: Ernst Däumig (1866–1922) und das Räteystem**

Die Geschichte der Kommunistischen Partei in der Weimarer Republik lässt sich als eine Geschichte der wachsenden Abhängigkeit von Moskau, von der im März 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale und deren Exekutivkomitee (EKKI), beschreiben. Vermochte die Partei sich noch bis 1920 eine gewisse Eigenständigkeit zu bewahren und sich nach dem Zusammenschluss mit dem linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) als kommunistische Massenpartei zu positionieren, geriet sie 1921 unter den wachsenden Einfluss des EKKI und seiner Emissäre. Sowjetrußland galt nicht nur als nahezu unantastbares Vorbild, auch der ideologische, personelle und materielle Einfluss gewann an Bedeutung. Eine erste Phase der Unterordnung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) unter den Willen der russischen Kommunisten und der Komintern lässt sich 1921 aufzeigen, als der von Emissären des EKKI mitinitiierte Märzaufruf zum Parteiausschluss und zum Ausscheiden führender Parteipolitiker führte. Am Beispiel des politischen Lebensweges Ernst Däumigs, eines der führenden Vertreter des radikallinken Flügels der Arbeiterbewegung, des Mitvorsitzenden der USPD und von Dezember 1920 bis Februar 1921 gleichberechtigten Vorsitzenden der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) neben Paul Levi, sollen Fragen in den Fokus gerückt werden, die auch für die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung Relevanz besitzen. Was veranlasste den von Däumig angeführten linken Flügel der USPD im Jahr 1920 dazu, sich der Komintern anzuschließen und mit der KPD zu vereinigen? Welche Faktoren begünstigten Däumigs Abwendung von und seinen Austritt aus der Partei? Welche Rolle spielte die sogenannte Bolschewisierung der Partei, d. h. die wachsende Abhängigkeit der KPD von der Komintern und der russischen KP?

### **Däumigs Lebensweg**

Durch seine Herkunft und seinen Lebensweg unterschied sich Däumig grundlegend vom Gros der sozialdemokratischen Arbeiterführer. Sein Leben schien »von einem romantischen Schimmer umwoben« zu sein.<sup>1</sup> Geboren 1866 in Merseburg als Sohn eines

1 Emil Unger: Politische Köpfe des sozialistischen Deutschlands. Skizzen, Leipzig 1920, S. 122. Zu Däumig siehe ebd., S. 121–124; Georg Kotowski: Däumig, Ernst Friedrich, in: Neue Deutsche Bio-

Küsters, wuchs Däumig in einem kleinbürgerlichen Milieu in Halle auf. Nach dem Besuch des Gymnasiums der Franckeschen Stiftungen begann er ein Theologiestudium, das er jedoch bald wieder aufgab. 1887 brach er radikal mit seiner Vergangenheit, als er der Fremdenlegion beitrug und fünf Jahre lang Dienst in Nordafrika und Indochina leistete. Seine Erlebnisse und Erfahrungen versuchte er in seiner 1904 veröffentlichten Schrift *Moderne Landsknechte. Erzählungen aus dem Kolonial-Soldatenleben* auf 121 Seiten zu verarbeiten.<sup>2</sup>

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1893 trat er als Offizier der preußischen Armee bei, in der er bis 1898 Dienst leisten sollte. Während seiner Militärzeit wurde er zum entschiedenen Kritiker der menschenunwürdigen Verhältnisse in der Armee und des in Politik und Gesellschaft herrschenden Militarismus. Gleichzeitig sollte seine Militärzeit aber auch sein Interesse an militärtechnischen Fragen begründen und ihn später im Reichstag zum militärpolitischen Sprecher seiner Fraktion prädestinieren. Militärische Ereignisse schienen ihn auch nach seiner Verabschiedung aus der Armee zu interessieren. 1913 wurden ein Vortrag über den Balkankrieg und im darauf folgenden Jahr die 16-seitige Broschüre *Kriegführung. Heer, Flotte. Militärische Fachausdrücke gemeinverständlich erläutert von Ernst Däumig* publiziert.<sup>3</sup>

Um 1897/98 begann Däumig sich für die Sozialdemokratie zu interessieren und sich mit den Schriften und Werken von Marx, Engels, Bebel und Liebknecht auseinanderzusetzen. Nachdem er 1900 bereits einzelne Beiträge über die Fremdenlegion und die Kolonialpolitik in der von Karl Kautsky herausgegebenen *Neuen Zeit* veröffentlicht hatte, fand er nach 1901 als Redakteur verschiedener sozialdemokratischer Bezirkszeitungen Beschäftigung und zwang seine schriftstellerische Begabung in den Rhythmus des Bedarfs. Nach seinem kurzen, nur wenige Monate währenden Engagement bei der *Reußischen Tribüne* in Gera wechselte er noch im selben Jahr 1901 zum *Volksblatt* in Halle und 1909 für zwei Jahre zur *Tribüne* nach Erfurt. Da ihn seine journalistische Tätigkeit nicht auszufüllen vermochte, trat er auch als Dichter in Erscheinung und veröffentlichte 1901 das Schauspiel »Maifeier«. Däumig begann sich zudem für Arbeiterbildungsfragen zu interessieren, sodass er in Halle und Erfurt, später auch in Berlin Vorsitzender des jeweiligen Bildungsausschusses der Partei wurde. Auch religionsgeschichtliche Themen, über die er vor der freireligiösen Gemeinde Berlins wiederholt referierte, fanden seine Aufmerksamkeit.<sup>4</sup>

graphie (im Folgenden: NDB), Bd. 3, Berlin 1957, S. 472f.; Hermann Weber/Andreas Herbst (Hg.): Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918–1945, 2. erw. Auflage, Berlin 2008, S. 169f.; Horst Naumann: Ernst Däumig – ein freireligiöser Revolutionär, in: »Kein Jenseits ist kein Aufersteh'n«: Freireligiöse in der Berliner Kulturgeschichte. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung im Prenzlauer-Berg-Museum Berlin, Berlin, 1998, S. 190–199.

2 Siehe Ernst Däumig: *Moderne Landsknechte. Erzählungen aus dem Kolonial-Soldatenleben*, Halle 1904.

3 Ders.: *Der Balkankrieg*, Berlin 1913 (10 S.); *Kriegführung. Heer, Flotte. Militärische Fachausdrücke gemeinverständlich erläutert von Ernst Däumig*, Berlin 1914.

4 Siehe Unger: *Politische Köpfe* (Anm. 1), S. 122.

1911 fand er eine Anstellung beim *Vorwärts*, für den er als einer von drei politischen Redakteuren vor allem über militär- und bildungspolitische Fragen schrieb. In Berlin wurde er zudem Lehrer an der Arbeiterbildungsschule. Wenn er sich vor dem Ersten Weltkrieg auch noch nicht um einen Sitz im Reichstag oder im Preußischen Landtag bewarb, trat er doch wiederholt in Wahlversammlungen der SPD auf.<sup>5</sup>

Der Krieg führte schließlich zur Radikalisierung Däumigs. Früh positionierte er sich als Gegner der Burgfriedenspolitik und unterstützte auch das von Karl Liebknecht initiierte »Offene Protestschreiben oppositioneller sozialdemokratischer Funktionäre«, sodass er 1916 aus der Redaktion des *Vorwärts* entfernt wurde. Es mochte deshalb nicht überraschen, dass er im April 1917 zu den Gründern der USPD in Gotha zählte, einer Parteinuugründung, mit der der Arbeiterklasse wieder das Vertrauen in Demokratie und Sozialismus zurückgegeben und es ihr ermöglicht werden sollte, zum alten sozialdemokratischen Geiste zurückzufinden.<sup>6</sup> In der neuen Partei erlangte Däumig bald politischen Einfluss. Er übernahm die Herausgabe des *Groß-Berliner Mitteilungsblattes* der USPD und wurde im Mai 1918 als Sekretär in das Zentralkomitee der USPD gewählt.<sup>7</sup> Eine bedeutende Rolle wuchs ihm im Sommer 1918 zu, als er Verbindung zu den Revolutionären Obleuten von Groß-Berlin, von den Gewerkschaften unabhängige Vertrauensleute in der Metallindustrie, aufnahm. »Ihm fiel schließlich die eigentliche Führung zu«, erinnerte sich Richard Müller, Metallarbeiter und führender Vertreter der Obleute.<sup>8</sup> Folglich übernahm Däumig bei Ausbruch der Revolution Anfang November auch die »gefährliche und mühevoll Aufgabe, [...] die Soldaten für den bevorstehenden Kampf zu gewinnen«, wozu er als ehemaliger Fremdenlegionär und Offizier auch prädestiniert schien. »Er fand nicht nur den Anschluß, sondern auch weitgehende Unterstützung bei Soldaten verschiedener Truppenteile.«<sup>9</sup> Seine Verhaftung am 8. November mag dazu beigetragen haben, sein Ansehen unter der Arbeiterschaft zu stärken.<sup>10</sup> Als führender Repräsentant der Revolutionären Obleute wurde er schließlich im November 1918 Mitglied des Vollzugsrates des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates.<sup>11</sup>

5 Siehe Carl-Wilhelm Reibel (Bearb.): Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918. Bündnisse, Ergebnisse, Kandidaten, 2 Bde., Düsseldorf 2007; Unger: Politische Köpfe (Anm. 1), S. 122 f.

6 Siehe Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S. 81.

7 Siehe zu Däumig Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten (Anm. 1), S. 169.

8 Siehe Ralf Hoffrogge: Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008, S. 59 f.; Richard Müller: Eine Geschichte der Novemberrevolution. Nachdruck der 1924 und 1925 erschienenen drei Bände, 9. Aufl. Berlin 2016, S. 136.

9 Ebd., S. 145.

10 Siehe Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984, S. 42.

11 Siehe Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/1919. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekonferenz, Berlin 1993, 3 Bde., hrsg. von Gerhard Engel, Bärbel Holtz, Ingo Materna, Berlin 1993–2002. Siehe auch Müller: Geschichte der Novemberrevolution (Anm. 8), bes. Bd. 2.

## Der Allgemeine Rätekongress im Dezember 1918

Als Vertreter des linken Flügels der USPD sympathisierte Däumig mit den radikalsozialistischen Forderungen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, er lehnte die Einberufung einer Nationalversammlung ab und plädierte für die Errichtung eines Räte-systems, mit dem der Diktatur des Proletariats zum Sieg verholfen werden sollte. Dieses Ziel glaubte er durch ein diszipliniertes Vorgehen der Arbeiterbewegung erreichen zu können, weshalb er die vom Spartakusbund propagierte Taktik, die die Massen durch beständige Agitation zu putschistischen Aktionen animieren wollte, verwarf.

Bekanntheit erlangte Däumig als unbedingter Anhänger und Verfechter des reinen Räte-systems auf dem ersten Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin stattfand. Auf dem Rätekongress, dessen Einberufung auf eine Initiative des Berliner Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte zurückging, befanden sich die Vertreter des linken Flügels der USPD allerdings hoffnungslos in der Minderheit. So waren von den 514 Delegierten rund 300 der SPD und etwa 100 den Unabhängigen zuzuordnen. Angeführt wurden die unabhängigen Vertreter von Richard Müller, Georg Ledebour und Däumig. Der Spartakusbund schaffte es gerade einmal, eine Handvoll Delegierter nach Berlin zu entsenden. Bezeichnenderweise hatten Luxemburg und Liebknecht kein Mandat erhalten.<sup>12</sup>

Däumig ließ sich von diesen Mehrheitsverhältnissen nicht beeindrucken. »Die alte bürgerliche Demokratie mit ihrem Stimmzettel und ihrem Parlamenteln ist keine Ewigkeitserscheinung; sie hat ihre historische Bedingtheit, und wie der Sozialismus als neues Grundprinzip der Welt aufzieht, so ist selbstverständlich damit auch verbunden, daß dieser bürgerlichen Demokratie die proletarische Demokratie folgen muß: wie sie ihren organisatorischen Ausdruck in dem Räte-system findet.« Wie das von ihm favorisierte Räte-system aussehen sollte, ließ er allerdings weitgehend offen. Nach dem von ihm eingebrachten Antrag sollte den Räten »die höchste gesetzgebende und Vollzugsgewalt« zustehen. Wahlberechtigt sollte in erster Linie die Arbeiterschaft sein. Es sei eine »Frage der Technik, das Räte-system so zu vervollkommen, daß wir für ganz Deutschland ein einheitliches Wahlsystem durchführen können, in erster Linie natürlich für die Arbeiterschaft und, soweit [...] notwendig, für die Soldatenräte, die ja mehr und mehr in den großen proletarischen Kreis aufgenommen werden, und auch für die Bauernräte, wo es erforderlich ist.«<sup>13</sup>

Sein »alle Macht den Arbeiterräten!«<sup>14</sup> verhalte jedoch weitgehend ungehört, sein Antrag auf Beibehaltung und Ausgestaltung des Räte-systems als Grundlage der Verfassung einer deutschen sozialistischen Republik wurde mit 344 gegen 98 Stimmen abge-

12 Siehe dazu Sabine Roß: Biographisches Handbuch der Reichsräte-kongresse 1918/19, Düsseldorf 2000; dies.: Revolution ohne Revolutionäre? Kollektive Biographie der Delegierten der deutschen Reichsräte-kongresse 1918/1919, in: Historical Social Research 23 (1998), H. 3, S. 38–57.

13 Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordneten-hause zu Berlin. Stenographische Berichte, ND der Ausgabe von 1918, 2. Aufl. Berlin 1975, Sp. 226–236.

14 Ebd., Sp. 281.

lehnt.<sup>15</sup> Dagegen bekannte sich der Kongress mit überwältigender Mehrheit zur parlamentarischen Demokratie und nahm den Antrag des Mehrheitssozialdemokraten Max Cohen, der die Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung auf den 19. Januar 1919 ansetzen wollte, an.<sup>16</sup>

Die Enttäuschung Däumigs über den Verlauf des Rätekongresses und seine »Selbstkastration«<sup>17</sup> war groß. »Ich habe damals«, schrieb er ein gutes Jahr später, »diesen Rätekongreß einen Klub politischer Selbstmörder genannt, und die weitere Entwicklung der Dinge in Deutschland hat diesen Ausdruck bestätigt, denn es war vorauszu- sehen, daß »das freieste aller Wahlrechte« in erster Linie den kapitalistischen Kreisen zunutze komme und daß damit weiter auch der militaristischen Gegenrevolution die Bahn geöffnet werde.« Der Kongress habe letztlich »den politischen Arbeiterräten das Genick gebrochen«.<sup>18</sup>

Als Rätetheoretiker war Däumig ein führender Vertreter des antiparlamentarischen Denkens in der deutschen Arbeiterbewegung. Auch die SPD hatte im 19. Jahrhundert ein durchaus ambivalentes und gebrochenes Verhältnis zum parlamentarischen System. Der Parlamentarismus, so hatte Wilhelm Liebknecht in einem 1869 gehaltenen Vortrag ausgeführt, diene lediglich der »Täuschung und Knechtung des Volkes«. Er sei nichts anderes als »ein mit Schaumgold der Phrase beklebter Theatermantel, hinter dem der Absolutismus und die Klassenherrschaft ihre häßlichen Glieder und ihre Mordwaffen verstecken«.<sup>19</sup> Die Frontstellung gegenüber dem Bismarck'schen Obrigkeitsstaat, die durch das Sozialistengesetz von 1878 noch potenziert wurde, und die relative Machtlosigkeit des Parlaments im konstitutionellen Verfassungssystem förderten eine zwischen offener Ablehnung und kühler Zurückhaltung oszillierende Haltung gegenüber dem Reichstag. Direktdemokratische Forderungen oder utopische Vorstellungen vom sozialistischen Zukunftsstaat flossen in diese ablehnende Haltung mit hinein. An den Reichstagswahlen wollte sich die Partei deshalb lediglich aus agitatorischen Gründen beteiligen und sich im Parlament rein negierend verhalten. Die wachsende Stärke der Sozialdemokraten, die 1884 Fraktionsstatus erlangten, und die Eigendynamik des Parlaments begünstigten jedoch die Integration der Partei in das politische System. Dennoch verhinderten die beschränkten Machtbefugnisse des Reichstages und die ungleichen Wahlsysteme auf Länder- und Gemeindeebene, dass sich die Partei mit dem verfassungspolitischen Status quo abfinden konnte. Ein radikaler Teil war letztlich weiterhin der Überzeugung, dass die Umwandlung der Gesellschaft nur auf revolutionärem Weg zu

15 Ebd., Sp. 300.

16 Ebd., Sp. 282.

17 Ebd., Sp. 231.

18 Däumigs Artikel »Deutsche Rätekongresse«, in: Der Arbeiter-Rat, Nr. 38/39 von 1920, S. 1–4, hier S. 2.

19 Wilhelm Liebknecht: Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie insbesondere mit Bezug auf den Reichstag. Ein Vortrag gehalten in der öffentlichen Versammlung des demokratischen Arbeitervereins zu Berlin am 31. Mai 1869, neue unver. Auflage, Berlin 1893, S. 7.

erreichen sei, und maß dem Parlament nur einen begrenzten Wert bei.<sup>20</sup> Diese Denkrichtung fand nach dem Systemwechsel von 1918/19 seinen prägnanten Ausdruck in den verschiedenen Rätetheorien, die alternative Formen politischer Mitsprache entwickelten, aber auch den Kreis der zur politischen Mitsprache Berechtigten beschränken wollten. Ernst Däumig war einer der markantesten Vertreter dieser Richtung.<sup>21</sup>

## Däumig und das reine Rätssystem

Däumig plädierte für ein reines Rätssystem.<sup>22</sup> Mit seinem Konzept orientierte er sich an der Verfassung der russischen Sowjetrepublik, deren Bestimmungen er allerdings den deutschen Verhältnissen anzupassen versuchte. So sollten in den Kommunen Arbeiterräte gegründet werden, deren Gesamtheit die Funktionen der städtischen Behörden, der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrats und der kommunalen Verwaltung, d. h. exekutive, legislative und Verwaltungsaufgaben, übernehmen sollte. Auch in den Bezirken und Provinzen sollten Arbeiterräte gewählt werden, die entsprechende Funktionen wahrzunehmen hatten. Der an der Spitze stehende Rätekongress wählte aus seiner Mitte einen Exekutivausschuss, der ständig tagen und zweimal im Jahr der Vollversammlung Rechenschaft ablegen und sich zur Wahl stellen sollte.

In Analogie zu diesem politischen Rätssystem sollte der Aufbau der Betriebsräte erfolgen, an deren Spitze ein Volkswirtschaftsrat stehen sollte, dem nicht nur Arbeiter, sondern auch Vertreter aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft anzugehören hatten. Gemeinsame Sitzungen des politischen Exekutivausschusses mit dem Volkswirtschaftsrat sollten die Scheidung der Bereiche Politik und Wirtschaft beseitigen und aufheben.<sup>23</sup>

Mit dem parlamentarischen System könne man den Sozialismus nicht verwirklichen, so Däumig. Vielleicht werde »in 2–300 Jahren der Kapitalismus durch eine Wahlaktion einmal so stark unterhöhlt«, dass »er zusammenpurzelt«. Aber so lange warten wolle man nicht. Die Nationalversammlung zeige, dass die Interessen der Arbeiterschaft, des Proletariats, nicht gewahrt und der Sozialismus nicht verwirklicht werden könne. Das Parlament sei eine »jämmerliche Karikatur, wie der Reichstag gewesen ist«, es sei »die Konzen-

20 Siehe Volker Stalman: Das Verhältnis der Sozialdemokratie zum parlamentarischen System 1871–1890, in: Detlef Lehnert (Hg.): SPD und Parlamentarismus. Entwicklungslinien und Problemfelder 1871–1990, Köln/Weimar/Wien 2016, S. 37–69; Elfi Pracht: Parlamentarismus und deutsche Sozialdemokratie 1867–1914, Pfaffenweiler 1990; Wolfgang Durner: Antiparlamentarismus in Deutschland, Würzburg 1997, S. 71–91, 121–123; Hartmut Wasser: Parlamentarismuskritik vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation, Stuttgart/Bad Canstatt 1974, S. 24–28, 73f.

21 Siehe Volker Arnold: Rätebewegung und Rätetheorien in der Novemberrevolution. Räte als Organisationsformen des Kampfes und der Selbstbestimmung, 2., überarb. Neuauflage, Hamburg 1985, S. 184–211; Axel Weipert: Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin 2015, S. 343–422.

22 Arnold: Rätebewegung (Anm. 21), S. 184.

23 Ebd., S. 184–211.

tration des bornierten Spießbürgertums«, das die »Geschäfte des Großkapitalismus« besorge und die »Macht des Militarismus« fördere. Entschieden lehnte Däumig ein Nebeneinander von parlamentarischem und Rätesystem, wie es von großen Teilen der USPD mit Hugo Haase an der Spitze vorgeschlagen wurde, ab. »Die Partei muß sich grundsätzlich auf den Boden stellen: entweder wir bleiben bei den alten parlamentarischen Grundsätzen oder wir entscheiden uns für das Rätesystem. [...] Es gibt nicht Beides.« Wenn sich die USPD dennoch an Wahlen beteiligen werde, geschehe dies nur, »um die Massen, die bisher noch nicht von den Stürmen der Revolution ergriffen sind, revolutionierend aufzurütteln«. <sup>24</sup>

Kennzeichen des Rätesystems war die weitgehende Beschränkung des Wahlrechts auf die Zugehörigkeit zum Proletariat – wahlberechtigt sollten auch Vertreter der freien Berufe, Handwerker und Kleingewerbetreibende sein, nicht jedoch Unternehmer und jene, die von einem arbeitslosen Kapitaleinkommen lebten; die Landbevölkerung fand keine Berücksichtigung. Weitere Kennzeichen waren die Abschaffung der Parteien und der Gewerkschaften, damit die Ablehnung des Interessenpluralismus, die Aufhebung der Gewaltenteilung, da die Räte legislative und exekutive Gewalt für sich beanspruchten, sowie die Bindung der Räte an den Wählerwillen durch ein imperatives Mandat, das die jederzeitige Abberufung der Räte durch die sie wählenden Vollversammlungen ermöglichen sollte. <sup>25</sup>

Für seine Vorstellungen stritt Däumig auch publizistisch. So gab er seit Januar 1919 die Zeitschrift *Der Arbeiter-Rat* heraus, die nicht nur Berichte über die praktische Arbeit der Arbeiter- und Soldaten-Räte bringen, sondern auch über Wege und Ziele des Rätesystems diskutieren wollte. Darüber hinaus war Däumig Schriftleiter der Zeitschrift *Die Republik*, 1920 Herausgeber der *Kommunistischen Rundschau* und nach seinem Ausscheiden aus der KPD und der Gründung der »Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft« (KAG) zusammen mit Adolph Hoffmann 1921/22 Herausgeber des *Mitteilungsblattes der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft*. <sup>26</sup>

## Däumig, die Gründung der Kommunistischen Partei und der Januaraufstand von 1919

Als zur Jahreswende 1918/19 die Kommunistische Partei gegründet wurde, blieb Däumig ihr fern. <sup>27</sup> Dies mag verwundern, da Däumig und die KPD einen dezidierten Anti-

24 Däumig am 3. März 1919, in: Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin (im Folgenden: Parteitagprotokoll der USPD vom März 1919), Berlin 1919, S. 95–112.

25 Siehe Gerhard A. Ritter: »Direkte Demokratie« und Räteswesen in Geschichte und Theorie, in: ders. (Hg.): Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1976, S. 292–316, bes. S. 312–316; Arnold: Rätebewegung (Anm. 21), S. 184–211.

26 Siehe Hartfrid Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975, S. 353.

27 Zur KPD siehe Flechthelm: KPD (Anm. 6), S. 102–104; Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: Die Weimarer Zeit, 2. Aufl. Berlin 2012, S. 23–26.

parlamentarismus teilten.<sup>28</sup> Der eigentliche Grund für Däumigs Zurückhaltung lag in der von der Partei propagierten Putschtaktik. Deshalb war er auch schon zum Spartakusbund auf Distanz gegangen.<sup>29</sup> Däumigs Widerstand gegen putschistische Aktionen wurzelte wesentlich in seiner militärischen Vergangenheit, nicht zuletzt in seiner Zeit als Fremdenlegionär, die ihm deutlich die fatalen Konsequenzen militärischen Handelns gezeigt hatte. Sein Widerstand gegen die KPD entsprang aber auch der Auffassung, dass die Partei »viel zu viel Byzantismus mit den Massen« treibe und »viel zu wenig für die Schulung und Bildung der Massen« wirke.<sup>30</sup> Eine revolutionäre Kaderpartei lehnte Däumig ab, vielmehr war er von der notwendigen Beteiligung der breiten Massen am revolutionären Prozess überzeugt. Darüber hinaus lehnte er die KPD auch deshalb ab, weil eine weitere revolutionäre Partei in seinen Augen nur eine »unheilvolle Zersplitterung der Kräfte« mit sich bringen würde.<sup>31</sup>

Als es nach der Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn (USPD) Anfang Januar 1919 zur Besetzung des Zeitungsviertels kam und die Situation zu eskalieren drohte, lehnte Däumig die von Karl Liebknecht und anderen erhobene Forderung, »mit Waffengewalt die Regierung Ebert-Scheidemann zu stürzen«, vehement ab. Er sei »so entsetzt und empört« gewesen, »daß er nicht in der Lage« gewesen sei, »seine ablehnende Haltung wirksam darzulegen«.<sup>32</sup> Noch trennten ihn Welten von der jungen Kommunistischen Partei. Der Ausgang des Berliner Januaraufstandes, bei dem zwischen dem 5. und 12. Januar 1919 165 Menschen ums Leben kamen und in dessen Folge am 15. Januar Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet wurden, schien ihm recht zu geben.<sup>33</sup>

## Der Kampf für das Räteystem

Nachdem Ernst Däumig auf dem ersten Rätekongress im Dezember 1918 mit seinem Antrag auf Einführung des Räteystems in Deutschland keinen Erfolg gehabt hatte, versuchte er als führender Vertreter der sogenannten Revolutionären Obleute wenige Monate später, die USPD auf ihrem außerordentlichen Parteitag im März 1919 in Berlin auf das Räteystem und die Diktatur des Proletariats zu verpflichten. Doch konnte damals noch keine Entscheidung getroffen werden, da die Anhänger des parlamentarischen Systems

28 Siehe Krause: USPD (Anm. 26), S. 353.

29 Däumig am 6. März 1919, in: Parteitagprotokoll der USPD vom März 1919 (Anm. 24), S. 263, die Rede insgesamt S. 263 f.

30 Däumig am 3. März 1919, in: Parteitagprotokoll der USPD vom März 1919 (Anm. 24), S. 106, die Rede insgesamt S. 95–112.

31 Däumig am 6. März 1919, in: Parteitagprotokoll der USPD vom März 1919 (Anm. 24), S. 263, die Rede insgesamt S. 263 f.

32 Müller: Geschichte der Novemberrevolution (Anm. 8), S. 546.

33 Siehe Ottokar Luban: Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919. Legende und Wirklichkeit, Hamburg 2001; Klaus Gietinger: Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Rosa Luxemburgs, Hamburg 2009; Winkler: Von der Revolution (Anm. 10), S. 120–133.



und des Rätessystems sich noch die Waage hielten. Wegen der grundsätzlich verschiedenen Vorstellungen lehnte Hugo Haase es auch ab, zusammen mit Däumig, der zum Mitvorsitzenden gewählt worden war, die Partei zu führen. Däumig trat deshalb vom Vorsitz zurück.<sup>34</sup> Erst auf dem Parteitag in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919 konnte sich Däumig mit seiner Forderung durchsetzen. Der Parteivorsitzende Haase war kurz zuvor an den Folgen eines Attentats gestorben. Däumig wurde neben Arthur Crispian zum gleichberechtigten Vorsitzenden der Partei gewählt.<sup>35</sup> Dass er dem linken Flügel zuzuordnen und ein erbitterter Gegner der Mehrheitssozialdemokratie war, zeigte sich während des Kapp-Putsches im März 1920, als er das Angebot des Gewerkschaftsführers Carl Legien, eine Arbeiterregierung von den Christlichen Gewerkschaften bis zur USPD zu bilden, strikt ablehnte und für den Fall einer Koalition mit den Mehrheitssozialdemokraten seinen Austritt aus der Partei androhte.<sup>36</sup>

Im Juni 1920 wurde er für die USPD in den Reichstag gewählt. An seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Parlament, das für ihn lediglich eine Tribüne der Agitation darstellte, änderte dies allerdings nichts. In den zwei Jahren, in denen er dem Reichstag angehörte, hielt er denn auch nur drei Reden.<sup>37</sup> Sein Interesse galt vornehmlich militärpolitischen Fragen. So vertrat er seine Fraktion bei den Haushaltsberatungen zum Etat des Reichswehrministeriums, wozu er angesichts seines biografischen Hintergrundes letztlich auch prädestiniert war.<sup>38</sup>

## Däumigs Anschluss an die KPD

Im Laufe des Jahres 1919 begann sich Däumigs Einstellung zur KPD zu wandeln. Zum einen lag dies daran, dass die Kommunisten unter dem Parteivorsitz von Paul Levi auf ihrem zweiten Parteitag, der im Oktober 1919 illegal in Heidelberg stattfand, ihre Grundsätze sowie die ihnen zugrunde liegende Taktik revidierten und sich gegen putschistische Aktionen und für eine Beteiligung an den Reichstagswahlen sowie eine Mitarbeit in den Gewerkschaften aussprachen. Die Trennung von den ultralinken Kräften, die im April 1920 die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) gründeten, verhalf der KPD zu einer größeren Akzeptanz in der deutschen Öffentlichkeit. Die Kommunisten schienen sich unter Levis Leitung von irrlichternden, zu Gewalt-

34 Siehe Parteitagsprotokoll der USPD vom März 1919 (Anm. 24), S. 254, 265.

35 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919, Berlin 1920, S. 530. Siehe auch Flechthelm: KPD (Anm. 6), S. 123; Krause: USPD (Anm. 26), S. 148–156.

36 Siehe Flechthelm: KPD (Anm. 6), S. 119; Winkler: Von der Revolution (Anm. 10), S. 314; Florian Wilde: Ernst Meyer (1887–1930) – vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie, phil. Diss. Hamburg 2013, S. 178–184.

37 Siehe die Rede Däumigs am 30. Oktober 1920, in: Stenographische Berichte des Reichstags (im Folgenden: SBR) 1920/24, Bd. 345, S. 918–926; die Rede am 28.1.1921, in: SBR 1920/24, Bd. 347, 59. Sitzung, S. 2238–2243; die Rede am 18. März 1921, in: SBR 1920/24, Bd. 348, 88. Sitzung, S. 3207–3210.

38 Ebd.

aktionen neigenden und kooperationsunfähigen Störenfrieden zu berechenbaren, vertrauenswürdigen Partnern eines breit fundierten Bündnisses der Arbeiterparteien zu wandeln.<sup>39</sup>

Hinzu kam, dass sich der Sieg der Bolschewiki im russischen Bürgerkrieg abzuzeichnen begann und Sowjetrußland dadurch in zunehmendem Maße zum Fluchtpunkt der Orientierung für deutsche Linke avancierte. Die Bolschewiki repräsentierten letztlich die einzige politische Kraft, die erfolgreich eine Revolution zustande gebracht hatte und sich gegen innere und äußere Gegner behauptete. Insofern mag es verständlich erscheinen, dass nicht nur die russischen Kommunisten in politischer und organisatorischer Hinsicht den Anspruch erhoben, Modell- und Vorbildcharakter zu besitzen, sondern sich auch die kommunistischen Parteien in Europa am russischen Leitbild auszurichten begannen und bereit waren, sich dem russischen Hegemonialanspruch unterzuordnen. Erleichtert wurde diese Entscheidung sicherlich durch die finanziellen Zuwendungen, die die kommunistischen Parteien, insbesondere die KPD, seit 1919 aus Moskau erhielten.<sup>40</sup> »Ex oriente lux«, so brachte Däumig im Oktober 1920 diese Erwartungen und Hoffnungen auf den Punkt. Die Kommunistische Partei Russlands stelle »Rückgrat und Kopf« der kommunistischen Bewegung dar und könne letztlich als »Lehrmeisterin« fungieren.<sup>41</sup> Angesichts der Schwäche der linksradikalen Kräfte in Deutschland und des Erstarkens der gegenrevolutionären, konservativ-monarchistischen Kräfte, das im Kapp-Lüttwitz-Putsch vom März 1920 zum Ausdruck gekommen war, boten sich Moskau und die im März 1919 gegründete Kommunistische Internationale als unterstützende Partner an, mit deren Hilfe der Diktatur des Proletariats nun auch in Deutschland zum Durchbruch verholfen werden könnte.

Die III. Internationale war im März 1919 in Moskau gegründet worden und stellte *cum grano salis* eine kommunistische Weltpartei mit nationalen Sektionen dar. Durch eine straffe, zentralistische Organisation und eine eiserne, militärische Disziplin sollte sie sich von der II. Internationale abheben, die als lockeres Bündnis verschiedener Landesparteien bei Beginn des Ersten Weltkrieges auseinandergebrochen war. Eine besonders herausgehobene Stellung kam dem Exekutivkomitee der Komintern zu, das nicht nur für die nationalen Sektionen verbindliche Beschlüsse fassen, sondern auch Personen, Gruppen oder einzelne Parteien aus der Komintern ausschließen konnte.<sup>42</sup>

39 Siehe Flechtheim: KPD (Anm. 6), S. 115–117; Kinner: Kommunismus (Anm. 27), S. 33–35; Winkler: Von der Revolution (Anm. 10), S. 259–266. Siehe auch Wilde: Meyer (Anm. 36), S. 172–178.

40 Siehe Hermann Weber: Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD, in: Hermann Weber/Jakov Drabkin/Bernhard H. Bayerlein/Aleksandr Galkin (Hg.): Deutschland, Russland, Komintern. I. Überblicke, Analysen, Diskussionen. Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die Deutsch-Russischen Beziehungen (1918–1943), Berlin/Boston 2014, S. 9–125, bes. S. 17 f.

41 Rede Däumigs am 13. Oktober 1920, in: Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitag in Halle. Vom 12. bis 17. Oktober 1920 (im Folgenden: Parteitagprotokoll der USPD vom Oktober 1920), Berlin o. J., S. 98, 104, die Rede insgesamt S. 98–113. Zum Parteitag siehe auch Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: BAArch) RY/19/11.

42 Siehe Alexander Vatlin: Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure, Berlin 2009, zur Gründung S. 11–42.

Um die Frage eines Beitritts zur III. Internationale zu klären, reiste Däumig zusammen mit den USPD-Führern Wilhelm Dittmann, Arthur Crispian und Walter Stoecker zum II. Weltkongress der Komintern, der vom 19. Juli bis 7. August in Petrograd und Moskau tagte. Die auf dem Kongress im März 1919 formulierten 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Komintern waren unter den Delegierten äußerst umstritten, da sie unter anderem die bedingungslose Unterwerfung der nationalen Parteigliederungen unter den Willen des Exekutivkomitees der Komintern, den Aufbau der Partei nach dem sogenannten demokratischen Zentralismus, d.h. der hierarchisch-zentralistischen Organisation der Parteien, und die Entfernung der Reformisten aus allen verantwortlichen Positionen umfassten. Während Crispian und Dittmann die 21 Bedingungen entschieden verwarfen, erklärten sich Däumig und Stoecker zu deren Annahme bereit.<sup>43</sup> Eine Entscheidung sollte der außerordentliche Parteitag der USPD, der vom 12. bis 17. Oktober 1920 in Halle zusammenkam, treffen.

Däumig gelang es, die Mehrheit der Delegierten für den Anschluss an die Komintern zu gewinnen. »Genossen! Es wird also kaum bestritten werden können, daß wir in Deutschland in das Stadium des verschärften Klassenkampfes, des Bürgerkrieges eingetreten sind, und daß wir sehr wohl Ursache haben, von den Genossen zu lernen, die unter unsäglichen Opfern nun schon drei Jahre lang diesen Kampf durchgeführt haben, daß wir alle Ursache haben, auch international die Schlußfolgerungen zu ziehen, die wir für unser Land daraus zu ziehen haben.« Da »wir nun eineinhalb Jahre lang alle miteinander, ich mit eingeschlossen, Stümper gewesen sind (Zurufe, Unruhe), ich auch mit eingeschlossen, jawohl, und da uns Rußland gezeigt hat, mit welchen Schwierigkeiten man den Krieg gegen das Weltkapital zu führen hat, darum bin ich für den Anschluß an die dritte Internationale.«<sup>44</sup> Es gelte, »eine große internationale Massenpartei mit einer bestimmten Disziplin zu schaffen«.<sup>45</sup> Unterstützung erhielten die Anhänger der 21 Bedingungen vom Vorsitzenden der Komintern, Grigori Sinowjew, dessen Rede beim linken Flügel mit stürmischem und minutenlangem Beifall aufgenommen wurde. Die von Däumig und Stoecker eingebrachte Resolution, die »die Zusammenfassung der revolutionären Parteien aller Länder in eine einheitliche, straff organisierte Internationale« als »unbedingte Notwendigkeit« bezeichnete und den »sofortigen Anschluss« an die Kommunistische Internationale forderte, wurde mit 236 gegen 156 Stimmen angenommen.<sup>46</sup> Nachdem die unterlegene Minderheit aus dem Verhandlungssaal gezogen war, wählte der Rumpfparteitag Däumig und Adolph Hoffmann zu gleichberechtigten Vorsitzenden

43 Siehe Weber: Zum Verhältnis von Komintern (Anm. 40), S. 9–125, hier S. 30–36. Siehe auch Krause: USPD (Anm. 26), S. 186–196; Flechtheim: KPD (Anm. 6), S. 123f.; Winkler: Von der Revolution (Anm. 10), S. 470–472; Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt u. a. 1975, S. 213–231.

44 Rede Däumigs am 13. Oktober 1920, in: Parteitagsprotokoll der USPD vom Oktober 1920 (Anm. 41), S. 98–113, hier S. 108.

45 Ebd., S. 112f.

46 Die Resolution, ebd., S. 71, die Abstimmung S. 257–261. Siehe auch das Vorwort Däumigs, in: Curt Geyer: Für die dritte Internationale! Die U.S.P.D. am Scheidewege, Berlin 1920, S. 5–8.

der »USPD (Linke)«, wie sich die linke Mehrheit der Unabhängigen bis zur Vereinigung mit der KPD nennen sollte.<sup>47</sup>

Man habe sich, so erläuterte Däumig diesen Schritt im Oktober 1920, »zur Dritten, zur Kommunistischen Internationale bekannt, nicht aus parteipolitischem Krimskrams heraus, sondern aus diesen großen weltgeschichtlichen Gesichtspunkten, weil wir sehen, es gibt keine andere Macht, die jetzt dem Herrn der Welt, das ist dem Ententekapital, zu Leibe gehen kann, als die konzentrierte Macht des Weltproletariats, wie es sich organisatorisch in der Kommunistischen Internationale zusammenfindet«.<sup>48</sup>

Nachdem sich die USPD auf ihrem Parteitag in Halle im Oktober 1920 mit deutlicher Mehrheit für die Annahme der 21 Bedingungen ausgesprochen hatte, verließ Däumig zusammen mit etwa 300 000 Mitgliedern die Partei. Auf dem Vereinigungsparteitag der VKPD im Dezember wurde er gemeinsam mit Paul Levi zum Parteivorsitzenden gewählt.<sup>49</sup> »Kampf auf der ganzen Linie! Das wird das Los der neuen Partei sein. Ich stehe nicht an, was ich so oft gesagt habe, zu erklären, daß Sie als Delegierte und wir als Parteileitung – und darüber dürfen wir unsere Mitglieder gar nicht im Zweifel lassen – in dieser Vereinigten Kommunistischen Partei kein beschauliches Dasein und kein ruhiges und gefahrloses Leben führen werden.« Für die Partei und jedes Mitglied habe fortan das Wort zu gelten: »Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß!«<sup>50</sup>

Es entstand eine kommunistische Massenpartei, die Anfang 1921 auf 356 000 Mitglieder blicken konnte, eine Mitgliederstärke, die die Partei nie wieder erreichen sollte. Die neue Partei bekannte sich zur Kommunistischen Internationale, zur Diktatur des Proletariats und zur Errichtung des Rätessystems. Aber mit welcher Strategie und welcher Taktik wollte sie diese Ziele erreichen? Sollte die Herrschaft des Proletariats durch gewaltsame Aufstandsversuche oder durch eine gemäßigte, auf Kooperation abzielende Politik erreicht werden? Däumig und Levi entschieden sich für eine den Realitäten Rechnung tragende Politik, die angesichts der Massenbasis der Partei auch nahelag.

### **Aktionseinheit oder Offensivstrategie: Der Rücktritt Däumigs als Parteivorsitzender im Februar 1921**

In einem an alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen gerichteten »Offenen Brief« rief die Zentrale der VKPD am 8. Januar 1921 zur Bildung einer »Einheitsfront« auf, um der wachsenden Not und Verelendung der breiten Massen begegnen zu können. SPD, USPD, KAPD und Gewerkschaften sollten sich zu gemeinsamen

47 Parteitagsprotokoll der USPD vom Oktober 1920 (Anm. 41), S. 265, insgesamt S. 261–280.

48 Rede am 30. Oktober 1920, in: SBR 1920/24, Bd. 345, S. 918–926, hier S. 920.

49 Siehe Flechthelm: KPD (Anm. 6), S. 125; Krause: USPD (Anm. 26), S. 207–215; ferner Wilde: Meyer (Anm. 36), S. 203–209.

50 Rede Däumigs am 4. Dezember 1920, in: Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der U.S.P.D. (Linke) und der K.P.D. (Spartakusbund). Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920, Berlin 1921, S. 39–51, Zitate S. 51.

Aktionen zusammenfinden, die die Führung einheitlicher Lohnkämpfe, die Erhöhung der Renten und Pensionen sowie die einheitliche Regelung der Erwerbslosenbezüge betrafen. Die weiteren Forderungen bezogen sich auf die sofortige Entwaffnung und Auflösung der paramilitärischen Verbände, die Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen, eine Amnestie für politische Delikte, die Aufhebung bestehender Streikverbote und die sofortige Aufnahme der diplomatischen und Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland. Auch wenn die VKPD die Gegensätze, die sie von den anderen Parteien trennten, nicht verbergen wollte, erklärte sie sich bereit, eine Aktionseinheit mit den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften zur Durchsetzung der genannten Ziele zu bilden.<sup>51</sup>

Der von den Vertretern der beiden Parteiströmungen Paul Levi und Karl Radek verfasste »Offene Brief« reflektierte die Widersprüche und Spannungen, die die Partei durchzogen. Während auf der einen Seite für ein gemeinsames Vorgehen und eine Aktionseinheit der Arbeiterparteien geworben wurde, fand die von Radek vertretene Offensivstrategie in der Bemerkung ihren Niederschlag, dass die VKPD für den Fall, dass die angesprochenen Arbeiterorganisationen eine Kooperation ablehnen würden, den Kampf auch allein führen werde.<sup>52</sup>

Zwischen der Parteiführung der VKPD und dem EKKI nahmen die Spannungen rasch zu. Streitpunkte stellten die Aufnahme der KAPD in die Komintern<sup>53</sup> und die italienische Frage dar. Der Dissens hinsichtlich der Spaltung der italienischen Sozialisten und der Gründung der KP Italiens betraf die Frage, ob die kommunistische Bewegung sich auf Massen- oder auf Kaderparteien stützen sollte. In der Sozialistischen Partei Italiens, die sich bereits 1919 der Komintern angeschlossen hatte, hatten sich über die Frage der Annahme der 21 Aufnahmebedingungen drei Flügel herausgebildet. So standen der Mehrheit der Partei unter dem Vorsitzenden Giacinto Serrati ein linksradikaler Flügel sowie ein zahlenmäßig schwacher rechter Flügel unter Filippo Turati gegenüber. Dieser lehnte die Annahme der 21 Bedingungen entschieden ab. Levi setzte sich für die Abspaltung des rechten Flügels ein und plädierte für die Erhaltung einer kommunistischen Massenpartei. Zu diesem Zweck reiste er im Januar 1921 zum Parteitag der italienischen Sozialisten nach Livorno, an dem auch Vertreter des EKKI wie Mátyás Rákosi teilnahmen. Levi hatte jedoch keinen Erfolg. Auf dem Parteitag spaltete sich der linke Flügel von der Partei ab und konstituierte sich als Kommunistische Partei Italiens (KPI). Dies lag nicht nur daran, dass die Parteiführung um Serrati einen Ausschluss des rechten Flügels vermeiden wollte. Vielmehr war die Gründung der KPI der Politik der Komintern und dem Eingreifen Rákosis geschuldet, der vor der Aufweichung der kommunisti-

51 Abgedruckt in: Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915–1945. Herausgegeben und kommentiert von Hermann Weber, 3. Aufl. Köln 1973, S. 168–170. Siehe auch Winkler: Von der Revolution (Anm. 10), S. 507–510.

52 Siehe Stefan Weber: Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland, Berlin 1991, S. 67 f.

53 Siehe Kinner: Der deutsche Kommunismus (Anm. 27), S. 34 f.

schen Position durch sogenannte zentristische Kräfte und vor einer Verwässerung der internationalen kommunistischen Bewegung warnte.<sup>54</sup>

Die von der Komintern forcierte Spaltung lehnten Däumig und Levi entschieden ab. Auf der Sitzung des Zentralausschusses vom 22. bis 24. Februar 1921 kam es zum offenen Schlagabtausch zwischen der Führungsspitze und dem von der Komintern unterstützten linken Flügel um Stoecker und August Thalheimer. Während die Aufnahme der KAPD in die Komintern noch mehrheitlich verurteilt wurde, unterlag die Parteiführung in der italienischen Frage. Die Resolution der Parteiführung, die die von der Exekutive in Italien durchgesetzte Parteispaltung verwarf – der offiziöse Bericht der Partei über die Sitzung des Zentralausschusses sprach von »gewisse[n] Vorbehalte[n]«, – wurde mit 28 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Däumig und Levi erklärten daraufhin zusammen mit Zetkin, Hoffmann und Otto Brass, »daß sie nicht in der Lage seien, die Solidarität mit der in der Resolution Stoecker-Thalheimer niedergelegten Auffassung«, die das Vorgehen des EKKI in Italien billigte, »nach außen hin zu decken und aufrechtzuerhalten, weil sie darin ein[e] Gefahr für die weitere Entwicklung der Kommunistischen Internationale sehen, und daß sie deshalb die praktischen Konsequenzen aus der Abstimmung zögen und ihre Aemter in der Zentrale niederlegten«.<sup>55</sup> Däumigs Ausflug an die Spitze der Kommunistischen Partei hatte gerade einmal drei Monate gewährt. Seine Erwartungen und Hoffnungen, die er in die neue Partei und die III. Internationale gesetzt hatte, hatten sich nicht erfüllt. Er blieb in der Partei, begann sich jedoch allmählich desillusioniert von ihr abzuwenden.

## Der Märzaufstand von 1921, Däumigs Parteiaustritt und die Gründung der KAG

Der Entfremdungsprozess wurde durch den Märzaufstand der KPD in Mitteldeutschland 1921 forciert.<sup>56</sup> Denn die von Emissären der Komintern initiierte Aktion konterkarierte offen die von Däumig und Levi seit Januar verfolgte Einheitsfronttaktik und hatte

54 Siehe Weber: Ein kommunistischer Putsch? (Anm. 52), S. 68 f.; Winkler: Von der Revolution (Anm. 10), S. 478.

55 Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921. Herausgegeben von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1922, S. 61. Siehe auch Weber: Zum Verhältnis von Komintern (Anm. 40), S. 40.

56 Siehe Sigrid Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt/New York 1986; Werner T. Angress: Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973, S. 140–256; Weber: Ein kommunistischer Putsch? (Anm. 52); Dirk Schumann: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001, S. 109–142; Norbert Marohn: Hoelz. Biografie einer Zukunft, Leipzig 2014; Volker Ullrich: Der ruhelose Rebell. Karl Plättner 1893–1945. Eine Biographie, München 2000, hier S. 86–100; Wilde: Meyer (Anm. 36), S. 221–232; Hans-Ulrich Ludewig: Arbeiterbewegung und Aufstand. Eine Untersuchung zum Verhalten der Arbeiterparteien in den Aufstandsbewegungen der frühen Weimarer Republik 1920–1923, Husum 1978; Winkler: Von der Revolution (Anm. 10), S. 515–518.

angesichts der Stimmung in der Bevölkerung, der militärischen Aussichtslosigkeit des Unternehmens und der kurzfristigen Terminierung keine Erfolgchancen. Der Aufstandsversuch war just eine jener putschistischen Aktionen, die Däumig seit jeher abgelehnt hatte.

Der Plan zu diesem Unternehmen ging auf Emissäre der Komintern zurück, die die russischen Bolschewiki, die durch den Ende Februar ausgebrochenen Aufstand von Matrosen der russischen Kriegsmarine in Kronstadt und durch die katastrophale Wirtschaftslage erneut in Bedrängnis geraten waren, durch eine »Flucht nach vorn« entlasten und unterstützen wollten. Gemeinsam mit Karl Radek konnten die Vertreter des EKKI, Béla Kun, Samuel Guralski (August Kleine) und Joséf Pogany, die linken Kräfte in der VKPD von der Notwendigkeit einer revolutionären Aktion zur Rettung der russischen Revolution überzeugen. Mit dieser Aktion hofften sie zudem, die »Rechten« um Levi und Däumig aus der Partei drängen zu können. Führender Kopf der EKKI-Emissäre war Béla Kun, der 1919 eine tragende Rolle in der Ungarischen Räterepublik gespielt hatte.<sup>57</sup>

Nicht zufällig wählte die neue Parteiführung den Bezirk Halle-Merseburg für ihren Aufstand aus. Mit 67 000 Mitgliedern handelte es sich im Januar 1921 um die mitgliederstärkste Bezirksorganisation der VKPD. Die Fähigkeit zur Mobilisierung ihrer Anhänger offenbarte die Partei bereits bei den Wahlen zum Preußischen Landtag am 20. Februar 1921, bei denen sie landesweit 7,4 Prozent der Stimmen, im Wahlkreis Merseburg, der dem Parteibezirk weitgehend entsprach, 29,8 Prozent der Stimmen errang. Zudem hatte die Partei die Führung der meisten Gewerkschaftsverbände auf der Kreisebene inne und besetzte auch auf kommunaler Ebene zahlreiche einflussreiche Positionen.<sup>58</sup>

Den unmittelbaren Anlass zum Losschlagen bot die Entsendung mehrerer Hundertschaften der Schutzpolizei in das mitteldeutsche Industriegebiet, das seit dem Kapp-Putsch nicht mehr zur Ruhe gekommen war. Das Eintreffen der ersten Hundertschaften am 19. März in Eisleben beantworteten die Kommunisten umgehend mit einem Streikaufruf. Die Situation geriet außer Kontrolle, als lokale Bandenführer wie Max Hoelz und Karl Plättner, die beide der KAPD angehörten, im Mansfeldischen eintrafen, die Bewaffnung der Arbeiter organisierten und die Region mit Gewalt überzogen. Am 24. März wurde der Ausnahmezustand über die preußische Provinz Sachsen und Groß-Hamburg, wo es ebenfalls zu bewaffneten Zusammenstößen gekommen war, verhängt. Insgesamt kamen bei den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und der Polizei, die erst am 1. April beendet werden konnten, 180 Menschen ums Leben. Der Einfluss der Komintern-Führung wie auch ihrer Emissäre auf die Entwicklung vor Ort blieb gering, da militärische Führer und lokale Kader der KAPD bei dem Aufstand eine zentrale Rolle spielten. Die März-Aktion stellte für die VKPD eine schwere Niederlage

57 Siehe Weber/Drabkin/Bayerlein/Galkin: Deutschland, Russland, Komintern (Anm. 40), Dok. 34–43; Weber: Zum Verhältnis von Komintern (Anm. 40), S. 40–44. Siehe auch Paul Levi: Unser Weg. Wider den Putschismus, Berlin 1921, S. 28, 42.

58 Siehe Schumann: Politische Gewalt (Anm. 56), S. 110–112; Weber: Ein kommunistischer Putsch? (Anm. 52), S. 23–34.

dar. Zahlreiche Mitglieder verließen die Partei, die Ende 1921 nur noch 150 000 Mitglieder aufwies.

In einem offenen Brief an die Zentrale der KPD bezog Däumig in der von Paul Levi herausgegebenen Zeitschrift *Sowjet* am 28. März 1921 Stellung gegen den mitteldeutschen Aufstand. »Ich halte diese Aktion für ein Unternehmen, das nicht allein die Partei, sondern auch die gesamte revolutionäre Bewegung Deutschlands gewaltig gefährden wird. Damit halte ich auch die Unterstützung Sowjetrußlands durch das deutsche Proletariat für schwer geschädigt. Nach zweieinhalbjährigen Erfahrungen war für uns als Erfahrungsgrundsatz anerkannt, daß für Deutschland die Putschtaktik nicht in Betracht kommen kann. Voraussetzung für die revolutionäre Entwicklung in Deutschland war nach übereinstimmender Auffassung, daß die große Proletariermasse, auch die hinter der S.P.D. und U.S.P.D. stehenden Massen, in Bewegung und Gärung gebracht werden müßten, daß dann unsere Partei die moralische und politische Führung in die Hand zu nehmen habe. Diese nach meiner Überzeugung unerläßliche Voraussetzung mußte erst geschaffen werden durch eine konzentrierte und intensive Organisations- und Schulungsarbeit an unseren Fraktionen in allen Betrieben, Gewerkschaften usw.« Die Partei sei nun »isoliert in eine hysterische Aktion getrieben worden, die in herostratischer Weise das Schicksal des Kommunismus in Deutschland auf das Spiel setzt. Bei allem Bekenntnis zum Prinzip des Zentralismus und zur Parteidisziplin kann ich diese Politik des Wahnsinns nicht aktiv mitmachen.« Aus Parteidisziplin habe er sich bislang nicht öffentlich zu diesem Unternehmen geäußert und werde von dieser Haltung auch nicht abrücken. Dennoch halte er die Aktion für »politischen Irrsinn«. Die Ansichten, die am 24. März im Berliner Aktionsausschuss vertreten worden seien, würden den in der Partei geltenden Grundsätzen offen ins Gesicht schlagen. Er habe sich auf der Sitzung des Wortes enthalten, um die Bezirksführer durch seine Kritik nicht weiter zu verunsichern. Er habe deshalb vorzeitig die Sitzung verlassen und sich entschlossen, eine passive Haltung einzunehmen. Dennoch halte er die von der Zentrale beschlossene Aktion »politisch und organisatorisch für verfehlt. Ihre Wirkung wird sein, daß die Partei ihren politischen Kredit für lange Zeit in der Arbeiterschaft verliert, daß in den Gewerkschaften die Position der Bureaukratie gegen die Kommunisten gestärkt wird.« Auch könne er die Auffassung, dass der Kampfeswille des Proletariats durch Niederlagen gestärkt werde, nicht teilen. »Diese Aktion kann ich aktiv nicht mitmachen, wenn ich nicht vor mir selbst als Lump erscheinen will.«<sup>59</sup>

Deutlicher wurde Paul Levi, der nun jegliche Zurückhaltung ablegte und offen gegen die Parteiführung auftrat. In seiner Anfang April erschienenen Broschüre *Unser Weg. Wider den Putschismus* übte er scharfe Kritik an der putschistischen Taktik der kommunistischen Partei und bezeichnete den Märzaufrastand als den »grösste[n] Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte«.<sup>60</sup> Am 15. April wurde er von der Zentrale »wegen

59 Ernst Däumig: Ein Brief an die Zentrale der V.K.P.D., in: *Sowjet*. Kommunistische Zeitschrift, 1. Mai 1921, S. 9f.

60 Levi: *Unser Weg* (Anm. 57), S. 31.



groben Vertrauensbruchs und schwerer Parteischädigung aus der Partei ausgeschlossen.«<sup>61</sup> Umgehend erklärte sich Däumig zusammen mit weiteren prominenten Mitgliedern wie Clara Zetkin, Curt Geyer oder Adolph Hoffmann mit Levi solidarisch. Der Anfang Mai tagende Zentralausschuss der Partei sprach ihnen deshalb seine Missbilligung aus. Däumig blieb jedoch Mitglied der Partei.<sup>62</sup>

Den Schlusspunkt markierte der kommunistische Parteitag, der vom 22. bis 28. August in Jena stattfand und den Parteiausschluss Levis bekräftigte. In einer Resolution bekannte sich der Parteitag der VKPD, die sich nun wieder KPD nannte, zur »Überwindung gleichermaßen aller Reste opportunistischer, zu Passivität neigender Tendenzen«.<sup>63</sup> Zudem wurden Curt Geyer und zwei weitere Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen, da sie Beiträge in Levis Zeitschrift *Unser Weg* veröffentlicht hatten.<sup>64</sup>

Die Reaktion der innerparteilichen Opposition ließ nicht lange auf sich warten. Am 26. September erklärten Däumig und Adolph Hoffmann ihren Austritt aus der Fraktion und der Partei. Da innerhalb der Partei die »halbanarchistische und ganzanarchistische Tendenz gesiegt« habe, so Däumig, sei für ihn die Lage in der KPD untragbar geworden.<sup>65</sup> Zusammen mit den bereits aus der Partei ausgeschlossenen Reichstagsabgeordneten um Paul Levi gründete er die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft, die vergleichbar der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft von 1916 eine fraktionelle Abspaltung im Reichstag darstellte, deren Mitglieder jedoch keine Parteineugründung beabsichtigten. Immerhin gehörten der KAG im Reichstag zeitweise 15 Abgeordnete an, sodass sie Fraktionsstatus erlangte, den wiederum die KPD, der nur noch elf Abgeordnete zugerechnet werden konnten, verlor.<sup>66</sup> Auch wenn sich die »Leviten«, wie die Abtrünnigen genannt wurden, nicht als Partei konstituieren wollten, schuf sich die KAG eine publizistische Basis. Neben der von Levi herausgegebenen Zeitschrift *Soujet*, die bald in *Unser Weg*

61 Beschluss der Zentrale der VKPD vom 15. April 1921, in: Weber: Ein kommunistischer Putsch? (Anm. 52), Dok. 21, S. 300–302, hier S. 300. Siehe auch Weber/Drabkin/Bayerlein/Galkin: Deutschland, Russland, Komintern (Anm. 40), Dok. 47b. Zu Levi siehe Charlotte Beradt: Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1969, S. 52–61; Thilo Scholle: Paul Levi. Linkssozialist, Rechtsanwalt, Reichstagsmitglied, Berlin 2017, S. 42–46.

62 Zur Sitzung des Zentralausschusses der VKPD vom 3. bis 5. Mai 1921 siehe Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921 (im Folgenden: Parteitagsprotokoll der KPD vom August 1921), Berlin 1922, S. 63 f. Siehe auch Winkler: Von der Revolution (Anm. 10), S. 519.

63 Zur Resolution des 7. Parteitages der KPD zu den Beschlüssen des III. Weltkongresses der Komintern, in: Weber: Ein kommunistischer Putsch? (Anm. 52), Dok. 27, S. 322–326, hier S. 324, zum Parteitag S. 238–240.

64 Siehe Parteitagsprotokoll der KPD vom August 1921 (Anm. 62), S. 200, 439; Winkler: Von der Revolution (Anm. 10), S. 524.

65 Siehe Die Rote Fahne, Nr. 442, 28.9.1921, S. 4: »Der Austritt Adolph Hoffmanns und Däumigs«.

66 Siehe Bernd Dieter Fritz: Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPO und SAP. Eine Studie zur politischen Ideologie des deutschen »Rechts«-Kommunismus in der Zeit der Weimarer Republik, phil. Diss. Bonn 1966; Koch-Baumgarten: Aufstand (Anm. 56), S. 409–423. Siehe auch BArch NY 4126, Nr. 22: Dokumente und Materialien zur parteipolitischen Tätigkeit von Paul Levi in der kommunistischen Opposition (KAG), 1921/22.

umbenannt werden sollte,<sup>67</sup> trat das seit dem 1. Oktober von Däumig und Adolph Hoffmann herausgegebene *Mitteilungsblatt der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft*. Die KAG wollte ein Sammelbecken für Gleichgesinnte bilden und für eine Reorganisation der kommunistischen Bewegung kämpfen.<sup>68</sup> Die »Sekten-Tendenzen in der heutigen Kommunistischen Partei zwingen uns zu der Frontstellung, die wir zu der Partei einnehmen. Wir wollen daher keine organisatorischen Experimente machen, sondern die Kräfte zusammenfassen, die entweder aus der Kommunistischen Partei herausgedrängt worden sind oder sich aus Enttäuschung über die Vorgänge der letzten Monate auf unsere Seite gestellt haben.«<sup>69</sup> Da sich die Hoffnungen auf eine Regeneration und einen Politikwechsel der Kommunistischen Partei nicht erfüllten, nahm die KAG Verhandlungen mit der Unabhängigen Sozialdemokratie auf, die schließlich Ende Februar 1922 zur Aufnahme der früheren Kommunisten in die USPD führte. Die Trennung von der kommunistischen Bewegung, der von manchen erwünschte »Kaiserschnitt«, war vollzogen.<sup>70</sup>

Mit den Unabhängigen glaubte Däumig, seinem Ziel der »Schaffung einer großen, auf revolutionärem Boden stehenden Massenpartei des Proletariats« ein Stück weit näher zu kommen.<sup>71</sup> Ein langes Leben sollte Däumig nicht mehr beschieden sein. Während einer Sitzung des Reichstages erlitt er am 13. Juni einen Schlaganfall, an dessen Folgen er am 7. Juli verstarb.<sup>72</sup>

## Fazit

Ernst Däumig war einer der namhaftesten Repräsentanten des antiparlamentarischen Denkens innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung. Obwohl die Forderung nach Errichtung des Räteystems Däumig mit der zur Jahreswende 1918/19 gegründeten KPD verband, schloss er sich erst relativ spät der Partei an. Der Grund lag in der noch 1919 von der KPD vertretenen Putschtaktik, die er entschieden ablehnte. Erst als die KPD unter der Führung Levis sich von den Linksoppositionellen trennte und ihre Grundsätze revidierte, gewann die Partei für Däumig an Attraktivität. Hinzu kam, dass nach dem Scheitern der Revolution in Deutschland 1918/1919 und dem Erstarken der politischen Rechten Sowjetrußland zum Vorbild und Fluchtpunkt der Orientierung für deutsche Linksradikale avancierte. Doch die Hoffnungen, die Däumig mit dem Anschluss an die Komintern und die Kommunistische Partei verband, erfüllten sich nicht. Nicht zuletzt die Interventionen der Emissäre des EKKI der Komintern, der Wunsch nach Ablösung

67 Siehe Beradt: Levi (Anm. 61), S. 62–70; Scholle: Levi (Anm. 61), S. 46–50.

68 *Mitteilungsblatt der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft* (im Folgenden: MKAG), Nr. 3, 29.10.1921, S. 2f.: »Versammlung der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft in Berlin«.

69 MKAG, Nr. 6, 5.11.1921, S. 1: »Was will die kommunistische Arbeitsgemeinschaft?«.

70 So August Biehl an Ernst Däumig, Stockum bei Bochum, 10.2.1922, BAArch NY 4126, Nr. 21, Bl. 131.

71 MKAG, Nr. 22, 25.2.1921, S. 1: »KAG. und USP.« Ferner MKAG, Nr. 21, 18.2.1921, S. 1: »KAG. und USPD«.

72 Siehe Vossische Zeitung, Abendausgabe vom 12.7.1922, S. 6: »Ernst Däumig †«.

der Einheitsfronttaktik durch die sogenannte Offensivstrategie und damit nach einer bewaffneten Aktion in Deutschland, leiteten einen Entfremdungsprozess ein, der schließlich in den Parteiaustritt Däumigs und weiterer prominenter Mitglieder münden sollte. Mit der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft hoffte er, ein Sammelbecken für Gleichgesinnte schaffen zu können, lehnte gleichwohl eine Parteineugründung ab, da ein späterer Wiederanschluss an eine gegenüber der Komintern selbstständiger auftretende und putschistischen Aktionen abschwörende KPD nicht ausgeschlossen wurde. Doch diese Erwartungen erfüllten sich nicht, sodass die Rückkehr zur USPD von einer gewissen Folgerichtigkeit war. Der politische Lebensweg Däumigs ist letztlich exemplarisch für einen Großteil der radikalen Linken, die nach dem Scheitern der Revolution und der sich im Kapp-Putsch zeigenden Gefahr von rechts ihre Zukunft in der KPD und der Komintern zu sehen glaubten und ihre Hoffnungen in die Schaffung einer revolutionären Massenpartei setzten. Diese Erwartungen brachen sich letztlich an den Realitäten, nicht zuletzt an den von den deutschen Verhältnissen oftmals abstrahierenden Interventionen der Komintern und der sich immer deutlicher abzeichnenden Stalinisierung der KPD.<sup>73</sup>

73 Siehe dazu Hermann Weber: Die Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen, in: Hermann Weber u. a. (Hg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007, Berlin 2007, S. 221–244, online unter: [https://kommunismusgeschichte.de/fileadmin/user\\_upload/14\\_JHK\\_2007\\_Weber-\\_221-244\\_-\\_2.pdf](https://kommunismusgeschichte.de/fileadmin/user_upload/14_JHK_2007_Weber-_221-244_-_2.pdf) (ges. am 4. 12. 2017).

